

Haushaltsrede
Benedikt Hauser, Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt Bonn,
am Donnerstag, 8. Juli 2010,
Sperrfrist 18 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort!

Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

heute ist ein wichtiger Tag für die Bundesstadt Bonn. Heute verabschieden wir den Haushalt 2010. Wir machen diesen Schritt in einer Zeit, die sicherlich bei vielen von uns ambivalente Gefühle verursacht. Einerseits ist ein großes Stück Arbeit geschafft, andererseits gelingt uns die Haushaltsverabschiedung im großen Umfang nur formal. Wir sind immer noch weit davon entfernt, einen Haushalt zu haben, in dem sich Erträge und Aufwendungen decken. Nur der Einsatz der noch vorhandenen Ausgleichsrücklage in Höhe von 150,1 Mio. Euro und ein teilweiser Verzehr des Eigenkapitals machen es möglich, heute einen genehmigungsfähigen Haushalt zu verabschieden. Damit einher geht leider aber ein deutlicher Zuwachs an Kassenkrediten bis 2013 in Höhe von zusätzlich 254 Mio. Euro. Das muss uns Angst und Bange machen. Es muss uns aber auch beunruhigen, dass Bonn in dieser Hinsicht keine Ausnahme ist. Das Gros der deutschen Kommunen befindet sich seit Jahren in einer finanziellen Krise, aus der sie nicht aus eigener Kraft rauskommen können.

Desolate kommunale Finanzen

In Zukunft wird die Zahl von Kommunen weiter steigen, die finanziell keine ausgeglichenen Haushalte mehr präsentieren können. Dies vor allem wegen immer noch steigenden Sozialausgaben, wegbrechenden Steuereinnahmen sowie einer stetig zunehmenden Verschuldung. Einen strukturell ausgeglichenen Haushalt, also ohne Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage, haben in NRW mit Stand Mai 2009 nur 43 Kommunen (11 %) erreicht, 276 (über 2/3) haben einen fiktiv ausgeglichenen Haushalt mit Hilfe der Ausgleichsrücklage und der allgemeinen Rücklage und leben damit von der Substanz. 44 Kommunen haben ein nicht genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept. Was das bedeutet, kann sich jeder denken. Das ist der finanzpolitische Offenbarungseid und die Aufgabe der finanzpolitischen Selbständigkeit. Egal, ob HSK oder Nothaushalt, Bonn als UN-Stadt, als soziale Großstadt, als Stadt der Kultur, als zweiter Dienstsitz der Regierung kann sich beides nicht leisten. Wer meint, das wäre vorläufig ein Ausweg, der irrt. Denn verantwortungsvolle Finanzpolitik bedeutet zum einen aktiv zu werden, wenn die Situation dies erfordert; und sie bedeutet auch, mit Überzeugung den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber zu treten und zu sagen, was noch geht und was wir uns nicht mehr leisten wollen. Diesen Weg hat Schwarz/Grün jetzt endgültig eingeschlagen. Ich appelliere deshalb an alle hier im Saale, diesen Weg wenigstens ein Stück mitzugehen.

Meine Damen und Herren, trotz alledem hat der heutige Tag aber auch eine besondere Bedeutung. Wir werden, wenn wir heute Abend auseinandergehen, dem Zustand, Erträge und Aufwendungen im Gleichstand zu halten, einen wichtigen Schritt näher gekommen sein. Die weit offen stehende Schere zwischen Erträgen und Aufwendungen geht ein gewisses Stück wieder zu. Hierzu werde ich noch im Laufe meiner Rede näher eingehen.

Dank an die Kämmerei

Meine Damen und Herren, bevor wir uns jetzt intensiv mit dem Haushalt 2010 beschäftigen, lassen Sie mich bitte, so gehe ich mal davon aus, im Namen aller meinen aufrichtigen Dank aussprechen. Ich danke der gesamten Kämmerei, die seit vielen Monaten einen beispiellosen, kraftraubenden Einsatz leistet für Ihre Mühen und Entbehrungen, die vielen Überstunden und die Begeisterung an jedem Tag der Woche und auch am Wochenende.

Mein Dank gilt auch dem Stadtkämmerer, der nie Zweifel aufkommen lässt, dass es sich lohnt, für den Haushalt auch die letzten Kraftreserven zu mobilisieren und der stetig und ohne Unterlass um einen ausgeglichenen Haushalt kämpft.

Problem der Krisen

Meine Damen und Herren, wenn man mal vom Fußballfieber der letzten Wochen absieht, beherrscht ein Wort seit vielen Monaten unsere täglichen Nachrichten. Und das ist das Wort „Krise“. Vor wenigen Tagen fand die G-20-Konferenz in Toronto statt. Die beherrschenden Themen waren die Wirtschafts-, Finanz- und die Schuldenkrise. Daneben beschäftigt uns seit geraumer Zeit die bisher nicht gelöste ökologische Krise, die auch irgendwann eine ökonomische wird.

Das Wort „Krise“, das seit vielen Monaten auf unterschiedlichen Feldern des öffentlichen Lebens in aller Munde ist, beherrscht unsere Tagesaktualität. Neben der bereits erwähnten Finanzkrise und Wirtschaftskrise gibt es noch die Krise am Arbeitsmarkt, Familien sind in der Krise, die Krankenkasse auch, Institutionen, wie die Kirchen auch und natürlich gibt es auch die bereits erwähnte Krise der öffentlichen Haushalte. Wenn wir die letztgenannte „Krise“ noch einmal uns vor Augen halten, dann muss man sagen, uns geht es ja noch erstaunlich gut. So richtig ins Mark getroffen sind wir alle nicht. Der Golf von Mexiko ist weit weg, aber auch die Folge dessen, dass wir in Bonn schon seit Jahren mehr ausgeben, als einnehmen. Irgendwie haben wir immer von Jahr zu Jahr mit einem Defizit zu kämpfen, aber der Pleitegeier schwebt nicht sichtbar über uns. Einrichtungen, Theater, die Oper, schließen nicht. Es ist so ähnlich wie mit Griechenland. Für Griechenland haben wir gebürgt, zwar widerwillig, aber dennoch. Von vielen Milliarden war und ist die Rede. Und was kam bis heute davon bei uns an? So richtig nichts: der Benzinpreis ist zwar seit geraumer Zeit hoch, aber konstant, die Endverbraucherpreise entwickeln sich nicht übermäßig, die Sparguthaben der Bürgerinnen und Bürger bleiben bestehen und die Urlaubsplanung bleibt gesichert.

Krise als Chance

Doch Krisenszenarien wecken diffuse Ängste. So wohl ist uns dann doch nicht. Irgendetwas stimmt nicht und das spüren wir. Das ist nur allzu menschlich. Dabei wäre es gut, sich öfter daran zu erinnern, wie die Chinesen das Wort „Krise“ verstehen: als Chaos und Chance zugleich, das heißt: als Gelegenheit, aus einer schwierigen Situation heraus etwas besser zu machen. Überhaupt: Wäre es nicht zutreffender, statt von einer krisenhaften Situation, in der wir uns befinden, von einer tiefgreifenden Umbruchphase zu sprechen, die weite Bereiche unseres Lebens erfasst hat? Ob es die dramatischen Herausforderungen des Klimawandels sind oder die unübersehbar massiven gesellschaftlichen Veränderungen, die zu großen sozialen Problemen führen – es handelt sich jeweils um eindeutige Indikatoren dafür, dass wir in einer Zeit leben, die sich zum Teil geradezu massiv verändert.

Noch einmal sei mir ein Rückgriff auf eine chinesische Weisheit erlaubt: Sie lautet: „Wenn der Wind der Veränderung weht, bauen die einen Mauern, die anderen Windmühlen.“ Für uns von der CDU-Stadtratsfraktion bedeutet das: Krisen sind in der Tat Phasen, die uns nicht zu einer bloßen Abwehrhaltung veranlassen dürfen, sondern die uns die Chance geben, Neues zu wagen.

Warum sage ich das in einer Haushaltsrede? Ich tue das, weil ein Haushalt letztlich die Lebenswirklichkeit widerspiegelt, aber auch die Schritte, die wir gehen müssen, um aus einer schwierigen Situation des Umbruchs heraus Chancen für die Zukunft zu entwickeln. Die Herausforderungen, die ich hier beispielhaft angesprochen habe, mögen plakativer Inhalt der Politik auf der Bundesebene oder gar auf der Weltbühne sein, aber Veränderungen, mit denen wir auf solche Herausforderungen reagieren können, finden letztlich immer vor Ort statt.

Ausgaben für Soziales wachsen kontinuierlich

Lassen Sie mich konkreter werden:

Seit vielen Jahren wachsen von Haushalt zu Haushalt die Aufwendungen für soziale Angelegenheiten kontinuierlich an. Es handelt sich neben den Personalkosten um den Hauptkostenfaktor im Haushalt. Im nächsten Jahr sind nur für das, was eine Stadt wie Bonn auf dem Sektor Soziales leistet, 175 Mio. Euro. Das ist eine stolze Summe. Ob dies bis Ende 2010 reicht, wollen wir hoffen. Doch die Kosten der Unterkunft und Heizung für Hartz-IV-Empfänger werden wohl auch in Zukunft weiter steigen. Das wird unsere Stadtkasse weiter belasten. Bei all dem müssen wir aber zur Kenntnis nehmen, dass hinter den einschlägigen Haushaltspositionen nicht finanzpolitisches Unvermögen, sondern eine tiefgreifende Veränderung unserer Gesellschaft steckt. Familien zerbrechen, die Zahl der Single-Haushalte wächst. Die Rahmenbedingungen am Arbeitsplatz werden vielfach schwieriger, viele Menschen, oftmals Frauen, sind darauf angewiesen, auch zu Zeiten zu arbeiten, die nicht familien- und kinderfreundlich sind. Aus Kurzarbeit droht Arbeitslosigkeit zu werden. Die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander. Immer häufiger werden Erziehungshilfen notwendig. Allein dafür wendet die Stadt Bonn inzwischen mit ständig deutlich steigender Tendenz viel Geld auf. Das sind nur einige Schlaglichter, die uns zu der Frage veranlassen, ob unser Haushalt die richtigen Antworten auf diese gesellschaftlichen Veränderungen gibt und welche Schritte wir über das Jahr 2010 hinaus als Zukunftsperspektive gehen müssen.

Kinder und Familien fördern

Die wichtigste Antwort geben wir seit vielen Jahren mit der familien- und kinderfreundlichen Politik, die Bonn auszeichnet. Das ist eine richtige Antwort. Wir sind landesweit Spitze bei den Betreuungsangeboten für Kinder unter 3 und bei schulpflichtigen Kindern. Wir haben ein breit gefächertes und gut funktionierendes soziales Netz. Das schlägt sich im Haushalt 2010 natürlich nieder. Rund 60 Mio. Euro für den Kinder- und Jugendbereich sind gut angelegtes Geld. Wenn wir uns hier steigern wollen, was natürlich wünschenswert ist, wird das Geld kosten. Hierfür müssen wir dann aber jetzt die finanzpolitischen Weichenstellungen setzen, sonst klappt das nicht. Geld können wir nicht drucken. Maßnahmen dieser Art lassen sich auf landes- oder bundespolitischer Ebene gut verkaufen, und so geschieht das auch. Aber bezahlt werden sie weitgehend auf kommunaler Ebene! Auch dieser Umstand muss in Zukunft aufhören. Bund und Land belasten die Kommunen in Deutschland mit immer mehr Aufgaben, geben aber nicht oder nicht genügend Geld zur Finanzierung. So geht das nicht mehr weiter. Hier muss sich schleunigst was ändern!

Die Mitte stärken, Probleme lösen

Meine Damen und Herren, es ist Fakt und bleibt Fakt, die CDU ist die Partei der Mitte und wird es auch bleiben. Deshalb ist es unser erstes Ansinnen, die Mitte zu stärken. Denn sie ist es im Grunde, die neue U3-Plätze, den OGS-Ausbau und die zahlreichen sozialen Leistungen für Hilfsbedürftige finanziert. In diesem Zusammenhang direkt eine klare Botschaft von hier aus: Trotz Sparzwangs und trotz der düsteren Entwicklungen in der Binnen- und Weltwirtschaft, wir brauchen in Bonn ein noch engmaschigeres Netz an vor-schulischer und schulischer Betreuung, wir brauchen moderne Schulen, Kindergärten, wir brauchen eine attraktive Stadt, wir brauchen zukunftssichere Arbeitsplätze und wir brauchen die UN als neues Standbein für unsere Zukunftsentwicklung. Dies alles wird uns aber nur gelingen, wenn wir die Mitte stärken und nicht nur schröpfen!

Es gibt noch viele weitere Themen, die keinen Aufschub dulden. Einige will ich noch erwähnen:

Ich denke an den Ausbau der Jugendsozialarbeit. Wer heute die Grundschule verlässt und in eine weiterführende Schule geht, darf nicht neben der Schule auf sich allein gestellt sein. Da ist heute die Familie nicht selten keine Stütze mehr.

Zu den entscheidenden Grundlagen einer zukunftsfähigen Gesellschaft gehört eine qualifizierte Bildung der jungen Generation. Wir können dazu auf kommunaler Ebene mit den äußeren Rahmenbedingungen für leistungsfähige Schulen beitragen. Neben den schon erwähnten technischen und baulichen Aspekten ist ein Ganztagsbetrieb ganz wichtig, um

dem Anspruch gerecht zu werden und umfassende Betreuung anzubieten. Und hier kommt dem Begriff Qualität eine wichtige Bedeutung zu. Wir brauchen Betreuung, die gewisse Qualitätsstandards erfüllt. Ein reines „Abhängen“ nach der Schule hilft nicht weiter.

Gehen wir nun zum Bereich Sport und dort besonders zu den Bädern. Das Viktoriabad ist zu, seine Zukunft noch nicht entschieden. Doch mit dieser Entscheidung sind die übrigen Bonner Bäder noch nicht gerettet. Der Modernisierungstau bleibt. Und es bleibt auch die Frage, wie viel Bäder brauchen wir perspektivisch in 2020. Es bleibt auch die Fragen zu klären, wie wir unsere Sportstätten wieder auf Vordermann bekommen. Da ist zu vieles im Argen. Da ist zu vieles in einem Zustand, den wir uns eigentlich nicht mehr leisten können.

Gehen wir nun zur Kultur, klammern aber das Projekt Festspielhaus aus. Wie lange hält noch die Bonner Oper? Wie lange ist die Beethovenhalle noch bespielbar. Welche Entscheidungen kommen hier in nächster Zukunft auf uns zu? Wie viele Finanzmittel werden hier aufgebracht werden müssen?

Meine Damen und Herren, ich kann jetzt jeden anderen Bereich aufzählen und die Herausforderungen nennen, die in den kommenden Jahren vor uns liegen, Sie kennen die alle.

Für mich stellt sich deshalb abschließend die Frage: Was bedeutet das alles im Ergebnis?

Im Ergebnis heißt es doch, dass wir, wenn wir so weitermachen wie bisher, eine prächtige Bruchlandung erleben werden. Denn so, wie wir bisher durch die vergangenen Jahre gekommen sind, wird es nicht mehr weitergehen können. Wenn wir verantwortlich die Zukunft finanzpolitisch auf ein festes Fundament stellen wollen, dann müssen wir neue Wege gehen. CDU und Grüne sind diesen Weg gegangen und schlagen Ihnen heute vor, diesen Weg auch mitzugehen. Diesen Weg ist bisher in Bonn noch niemand gegangen, auch oder hauptsächlich, weil er unbequem ist und in die Substanz geht. Doch ohne in die Substanz zu gehen, werden wir es nicht schaffen. Unser Grundsatzantrag zum Haushalt und unser Eckwerteantrag für den DH 2011/12 weisen den Weg. Warum haben wir uns zusammen mit Bündnis90/Die Grünen diese Mühen gemacht? In erster Linie, weil so die Aussicht besteht, dass wir in 2015 einen ausgeglichenen Haushalt haben können. Das ist zwar eine optimistische, vielleicht auch gewagte Aussage, aber machbar. Machbar, wenn alle mitmachen. Die Politik, die Verwaltung und die Bürgerschaft, Hand in Hand.

Ein weiterer Grund liegt auch auf der Hand: Die Verwaltung schlägt in ihrer Konsolidierungsliste verschiedene Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung vor, um der schwierigsten Haushaltssituation der vergangenen Jahrzehnte zu begegnen. Für das Haushaltsjahr 2010 umfasst die Konsolidierungsliste ein Volumen von rd. 22 Millionen Euro. Hiervon entfallen etwa 15 Millionen Euro auf Einsparungen und etwa 7 Millionen Euro auf Einnahmeverbesserungen, insbesondere durch Steuererhöhungen. Beides, aber vor allem letzteres, trifft den Bürger konkret und direkt. Ab dem Haushaltsjahr 2011 ergeben sich für die Bürgerinnen und Bürger pro Jahr höhere Steuerbelastungen von rd. 8 Millionen Euro. Soziale Leistungen, wie der Bonn-Ausweis, will der Oberbürgermeister komplett streichen. In der Kultur – auch bei den freien Trägern – und bei der Sportförderung werden ebenfalls Kürzungen oder Ertragserhöhungen vorgeschlagen. Es gibt in dieser Konsolidierungsliste Maßnahmen, die sicherlich neben Schwarz/Grün auch anderen hier im Rat nicht passen. Sogar die SPD-Fraktion hat in dieser Frage ihrem OB die Gefolgschaft verweigert. Das hätte sie sich bei Bärbel Dieckmann nie gewagt.

Konsolidierungsliste entschärft

Meine Damen und Herren, in unserem Antrag steht es deutlich, ich will deshalb nicht alles wiederholen, nur einige Punkte aufgreifen, die wir in der Konsolidierungsliste so nicht haben wollten. Wir, Schwarz/Grün, wollen den Bonn-Ausweis erhalten, solange es geht. Er ist ein Markenzeichen des sozialen Bonn. Er wird nicht fallen, solange wir nicht im Nothaushalt sind und dagegen kämpfen wir mit allen Mitteln. Die Leistungen im Bonn-Ausweis bleiben erhalten, der Bereich ÖPNV wird ausgegliedert und auf neue Füße ge-

stellt; so können wir Geld sparen und die Leistung ÖPNV erhalten. Wir werden nicht bei OGS-Plus sparen, die besonders förderbedürftigen Kindern zugute kommt, auch nicht beim Ausbau U3. Das konterkariert sonst unsere gemeinsame Schwerpunktarbeit der vergangenen Jahre. Eine Sportstättennutzungsgebühr von heute auf morgen einzuführen, machen wir nicht mit. Wir wollen stattdessen mit den Vereinen an einem Konzept arbeiten, damit die Sportstättennutzung in Zukunft weniger Kosten für alle verursacht. Eine Dividendenausschüttung der VEBOWAG wird es zugunsten des sozialen Wohnungsbaus nicht geben. Das hört der Kämmerer zwar nicht gerne, da die Stadt ja bekanntlich Großaktionär ist, doch wir halten diesen Weg für richtig und tragbar, denn dafür soll die Wohnungsbaugesellschaft lieber preiswerten Wohnraum schaffen. Die Stadt Bonn zahlt zurzeit ca. 70 Mio. Euro an Kosten der Unterkunft. Diese Kosten sollen durch die Maßnahmen der VEBOWAG gesenkt werden. Neben diesen Veränderungen haben wir noch einige Maßnahmen zusätzlich beschlossen. Dazu zählt beispielsweise der Kauf eines Messwagens zur Geschwindigkeitskontrolle, die Einführung der Sexsteuer und Maßnahmen in der Personalentwicklung, die in den kommenden Jahren zu Einsparungen führen werden. Unser Ziel ist ein weiterer mittelfristiger Stellenabbau, der jedoch ohne betriebsbedingte Kündigungen auskommen wird. Durch einen „natürlichen Stellenabbau“ wollen wir im Haushalt 2011/2012 insgesamt 1,5 Mio. € jährlich einsparen. Für den Haushalt 2013 soll ein Einsparvolumen von noch einmal 1 Mio. € erreicht werden. Das angestrebte Ziel sind 100 Stellen einzusparen. Daneben wollen wir die Konzentration und Zusammenlegung von Ämtern und Dienststellen erneut prüfen, auch wenn es dadurch zu Leistungseinschränkungen oder Erschwernissen für die Bürgerinnen und Bürger kommen kann. So ist bei den dezentralen Bürgerämtern erneut darzulegen, welche Nachteile und Vorteile mit weiteren Zentralisierungen von Aufgaben verbunden sind und ob ähnlich, wie beim Standesamt oder der Kfz-Zulassung, auch andere Bereiche, die nicht häufig oder regelmäßig von Bürgern in Anspruch genommen wurden, im Stadthaus angesiedelt werden können.

Dennoch trotz Konsolidierungsliste, ergab sich bei Einbringung des Haushaltsentwurfs 2010 im Februar diesen Jahres im Ergebnis bei Aufwendungen von 1.040 Mio. Euro und Erträgen von 919 Mio. Euro immer noch ein Defizit von 121 Mio. Euro, das nur durch den Rückgriff auf das Eigenkapital gedeckt werden kann. Auch wenn dieses Defizit mittlerweile nach Auskunft des Kämmerers durch eingeleitete Konsolidierungsmaßnahmen bei ungefähr 102 Mio. Euro liegt, so ändert sich nichts am Erfordernis einer Weiterarbeit am realen Haushaltsausgleich.

Neben den bereits vorgebrachten Gründen ist das gefährliche Schrumpfen des Eigenkapitals ein gewichtiger Grund. Anfang 2010 betrug es laut Haushaltsentwurf noch rd. 1,35 Milliarden Euro. Heute werden wir beschließen, dass die Ausgleichsrücklage im Finanzplanungszeitraum bis 2013 aufgebraucht wird und das Eigenkapital sich um rd. 280 Millionen Euro vermindert.

Verwaltung muss selbst noch mehr leisten

Meine Damen und Herren, damit die Bürgerinnen und Bürger Belastungen wie Steuererhöhungen akzeptieren können, ist es unabdingbar, dass auch die Stadt selber einen Beitrag zur Verbesserung der Haushaltssituation leistet. Die Verwaltung ist deshalb aufgefordert, weitere Beiträge zur Haushaltskonsolidierung zu leisten und alle Anstrengungen zu unternehmen, effizient und sparsam zu wirtschaften. Nicht mehr und nicht weniger. Es kann nicht sein, dass wir die Bürgerinnen und Bürger belasten und bei uns noch sparen können.

Die vorrangigen Ziele in der Haushaltswirtschaft müssen sein:

1. deutliche Einsparungen auf der Aufwandsseite, um einen Nothaushalt und ein Haushaltssicherungskonzept zu vermeiden
2. Sicherung des Standortes und der Lebensqualität in der Stadt Bonn
3. keine weitere Beeinträchtigung des sozialen Ausgleichs
4. neue Akzente zu setzen, wo es sinnvoll und notwendig ist.

CDU und Grüne haben als einen ersten Schritt durch eine kritische Sichtung der Produktgruppen 52 und 54 für weitere Ergebnisverbesserungen gegenüber dem Haushaltsentwurf von 14,9 Mio. Euro gesorgt und auch die Produktgruppen 44 bis 47 auf der Ertragsseite optimiert. Ein entsprechender Eckwertebeschluss für das Haushaltsjahr 2010 haben wir bereits im Finanzausschuss am 16. Juni verabschiedet. Dass die Kürzungen in den Produktgruppen 52 und 54 den Fachämtern nicht schmecken werden, war uns klar. Doch es geht nicht anders, wenn man mittelfristig auf den sprichwörtlichen „grünen Zweig“ kommen möchte. An dieser Stelle muss ich schon klar sagen, dass wir als Schwarz/Grün erwarten, dass angesichts der äußerst kritischen Haushaltslage die von uns aufgeführten Einsparbeträge in der SUMME auch erbracht werden. Ich weiß, dass das Proteste bei den Betroffenen hervorrufen wird. Doch wenn wir nichts tun, wird man uns vorwerfen, untätig gewesen zu sein, wenn der Regierungspräsident an unseren Haushalt Hand anlegt. Wir haben uns jede Kürzung nicht leicht gemacht und hätten am liebsten nicht gekürzt. Doch durch dieses Tal müssen wir irgendwann mal durch.

Schwerpunkte im Haushalt gesetzt

Neben allen Sparanstrengungen haben Schwarz/Grün auch einige Schwerpunkte im Haushalt gesetzt, die uns wichtig waren. Ich will auch hier nur cursorisch einige wenige nennen. Das ist zum einen das warme Mittagessen für Kinder in Tageseinrichtungen. Hier haben wir einer berechtigten Forderung nachgeholfen und dieses Angebot bis 2013 durchfinanziert. Wir haben auch Gelder für die hauswirtschaftlichen Kräfte in Kindertageseinrichtungen bereitgestellt. Das wird noch nicht vollumfänglich reichen, ist aber ein erster wichtiger Schritt. Wir sehen als Koalition die Notwendigkeit, in den Kindergärten für personelle Entlastung zu sorgen.

Nicht zuletzt unser Hearing im Mai, zu dem die Leiterinnen und Leiter der Bonner Kindertageseinrichtungen, Offenen Ganztagschulen und die Elternräte zu einem Gedankenaustausch eingeladen waren, hat aufs Neue gezeigt, dass der Einsatz von Hauswirtschaftskräften unbedingt notwendig ist, um das vorhandene Personal zu entlasten und dadurch mehr Qualität in der Betreuung der Kinder zu gewährleisten. Wir sind sehr froh darüber, dass wir nun die Situation in den Kindertageseinrichtungen verbessern und einem berechtigten Wunsch der Eltern entgegenkommen können. Wir werden jetzt Gespräche mit der Verwaltung aufnehmen, um ein Konzept zu entwickeln, wie der Einsatz von Hauswirtschaftskräften in Kindertagesstätten sinnvoll realisiert werden kann. Erwähnen möchte ich noch den Bereich Soziales. Wir stellen 100.000 Euro für den Ausbau behindertengerechter Haltestellen bereit, 50.000 für Bordsteinabsenkungen und 30.000 für die Umsetzung des Integrationskonzeptes.

Meine Damen und Herren, wenn man diese Wunschliste der Koalition von den von uns erzielten Ergebnisverbesserungen in Höhe von 14,9 Mio. Euro in Abzug bringt, bleiben immer noch stolze 12,6 Mio. Euro übrig, die zur Ergebnisverbesserung verwandt werden können. Das ist schon ein Erfolg, den ich hier auch so nach außen vertreten möchte.

Eckwertebeschluss für 2011 bis 2014

Für die Haushalte ab 2011 bedarf es zudem auch eines neuen Steuerungssystems für den Haushalt. Denn nur durch eine konsequente politische Steuerung über (Zuschuss-)Budgets und die Bereitschaft der Verwaltung, die politisch gewünschten Ziele und Wirkungen innerhalb der zur Verfügung gestellten Budgets auch umzusetzen, lässt sich die Haushaltskrise mittelfristig bewältigen. Der Ihnen heute vorliegende Eckwertebeschluss für 2011 bis 2014 geht diesen Weg

Die Haushaltswirtschaft der Stadt Bonn sieht nach dem Haushaltsentwurf 2010 für den Zeitraum bis 2013 eine Entwicklung vor, die im Ergebnisplan in 2011 ein Defizit von -86,9 Millionen Euro, in 2012 von -70,8 Millionen Euro und in 2013 von -48,2 Millionen Euro vorsieht (Anmerkung: die Zahlen ändern sich noch durch den Beschluss zum Haushalt 2010). Die Ausgleichsrücklage als „Puffer“ für den Haushaltsausgleich wird demnach, wie bereits oben erwähnt, im Jahr 2011 verbraucht sein. Falls diese Entwicklung unge-

hemmt weitergeht, ist absehbar, wann das Eigenkapital der Stadt Bonn vollständig aufgebraucht ist und die Stadt nicht mehr – auch nicht in Teilen – ihren Bürgerinnen und Bürgern gehört. Die Stadt Bonn wäre damit komplett fremdfinanziert. Deshalb muss der Haushalt der Stadt Bonn baldmöglichst und schrittweise in seinen Erträgen und Aufwendungen auf eine „strukturelle Null“ gebracht und anschließend erzielbare Überschüsse für die Schuldentilgung verwandt werden.

Nur mit einer konsequenten, vorausschauenden und an einem Leitbild orientierten Haushaltspolitik und dementsprechenden Steuerungsvorgaben wird die Haushaltskrise – soweit dies auf der lokalen Ebene möglich ist – in den Griff zu bekommen sein. Für eine klare Orientierung der haushaltspolitischen Entscheidungen ist zudem der wirkungsorientierte Haushalt von großer Bedeutung.

Meine Damen und Herren, es ist unbedingter Wille von CDU und Bündnis90/Die Grünen, Bonn, wie wir es kennen und schätzen, wie es die Menschen anzieht, wie es sie versorgt und beheimatet, auch in Zukunft zu erhalten und, wo es geht, auszubauen. Wir wollen weiter eine weltoffene Stadt haben, wo man gelassen und zufrieden leben kann. Die heutige Ratssitzung ein wichtiger Schritt auf diesem Wege. Ich lade Sie alle ein, diesen Weg mitzugehen.

Vielen Dank!